



HESSISCHER LANDTAG

25/9/14 /

PL

-> HAA, MA

Dringlicher Antrag

der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend schnelle Hilfe für Flüchtlinge aus dem Irak- Islamistischen Terror entschlossen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt aufs Schärfste die unmenschlichen Gräueltaten, die die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und im Irak begehen. Kurden und religiöse Minderheiten, die seit Jahrtausenden in den betroffenen Ländern leben, insbesondere Jesiden und Christen werden seit August 2014 systematisch aus ihrer Heimat vertrieben und ermordet. Die vielfache Vergewaltigung und Versklavung von Frauen und Mädchen ist Mittel der Kriegsführung und wird systematisch betrieben. Der brutale Vormarsch der Terrormiliz im Nordirak und in Syrien hat zu einer humanitären Katastrophe geführt. Die Vereinten Nationen sprechen von bis zu einer halben Million Flüchtlingen. Der Landtag bekräftigt, dass es Aufgabe der gesamten Völkergemeinschaft ist, die Menschen der Region, insbesondere die Jesiden, Kurden und Christen nach Kräften vor weiteren Gräueltaten des IS zu schützen.
2. Der Landtag erkennt an, dass angesichts der aktuellen Lage in und zwischen allen im Bundestag vertretenen Fraktionen eine intensive Auseinandersetzung über die Frage Bekämpfung der IS in Irak und Syrien stattfindet. Die Bekämpfung des IS benötigt eine Gesamtstrategie mit regionaler Verankerung. Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt durch Lieferung von Militärausrüstung und Berater der Bundeswehr die Peschmerga bei der Verteidigung gegen den IS-Terror im Irak. Die deutsche Außenpolitik hat gerade angesichts der eigenen Geschichte den Anspruch einer Kultur der Verantwortung. Der Einsatz von militärischen Mitteln kann in Ausnahmesituationen wie zur Verhinderung von Völkermorden ein legitimes Mittel sein. Der Landtag erkennt an, dass die Frage über den Einsatz militärischer Mittel eine Gewissensfrage ist.
3. Der Landtag begrüßt die Bereitschaft der Bundesregierung, zügig humanitäre Hilfe für die betroffene Region auf den Weg zu bringen. Der Landtag stellt fest, dass die bisher geleistete Hilfe aufgrund des baldigen Winteranbruchs dringend verstärkt werden muss. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für eine Unterstützung der Nachbarländer des Irak und der autonomen Kurdengebiete einzusetzen. Der Landtag ist der Auffassung, dass die Bundesrepublik Deutschland Flüchtlingen aus dem Irak Unterstützung gewähren sollte. Ebenso muss die gesamteuropäische Verantwortung verwirklicht werden. Der Landtag bittet die Landesregierung, einen generellen Abschiebestopp für alle irakischen Flüchtlinge zu prüfen, solange sich die Sicherheits- und Menschenrechtslage im gesamten Gebiet des Irak nicht entscheidend verbessert.
4. Der Landtag ist überzeugt, dass dem IS gestoppt und der Nährboden entzogen werden muss. Deshalb ist es notwendig, frühzeitig politische Lösungen und Strukturen für das friedliche Zusammenleben der muslimischen und nichtmuslimischen Kulturen und Religionen in der Region zu finden und zu stärken. Der Landtag wirkt bei der Bundesregierung darauf hin, durch diplomatische Initiativen entsprechende politische Lösung mittel- und langfristig vorzubereiten. Den Menschen im Irak und in Syrien muss eine Perspektive gegeben werden, ihre Länder in Frieden, Sicherheit und Freiheit wieder aufzubauen. Den Flüchtlingen aus der Region muss Schutz und eine realistische Rückkehrperspektive in ihre Heimat gegeben werden

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. September 2014

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:

i. v. 

Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:



Wagner (Taunus)